

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Jahrgang 214

für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 110

Bezugspreis: Für halbes und ganzjährig monatlich Mk. 2,40, vierteljährlich Mk. 22,80 mit Porto. Durch die Post bezogen monatlich postal. Nachnahme.
Verkaufsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 81/82. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5610. — Postfachpost Leipzig 20512.

Montag-Ausgabe
Montag, 7. März

Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breit, 10 mm hoch Mk. 1,00. Die Spalte 30 mm breit, 10 mm hoch Mk. 1,20. Abon nach Cassi. Erstausgabe halbes Jahr.
Verkaufsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6390. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlags u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale.

Der Tag der Entscheidung

Instruktionen für die deutsche Delegation

Jetzt heißt es festbleiben!

Ein Trommelfeuer von Drohungen der Entente begleitet, wie vorausgesehen war, die Aufbringung der Sperrmaßnahmen gegen Deutschland durch Lloyd George. Die ganze Aufmerksamkeit dieses neuesten Erpressungsgebührens der Feinde, die Stellung eines Ultimatum mit einer zeitigen Forderung und Leberimpfung handelt. Der Entente ist bei der von ihr selbst geschaffenen Notwendigkeit der „Sanktionen“ offenbar nicht wohl zumute. Sie möchte am liebsten um sie herumkommen, denn alle verständigsten Politiker müssen einsehen, daß Maßnahmen, die Deutschland vollständig ruinieren, der Entente selbst den größten Schaden zufügen. Selbst in Paris steht dem Bündis, Deutschland gegenüber zu verhandeln, doch die Sorge gegenüber, wie man kann die dem transjenseitigen Volke gemachten Verpflichtungen, das alles durchsetzen erzieht werden sollte, einleiten will. Also soll und muß Deutschland eingeschärft werden. Zu diesem Zweck hat die Ausbreitung, es sei alles vorbereitet, um selbst Mündigen betrogen zu können. Lloyd Georges Anordnungen bedeuten demgegenüber schon eine gewisse Rückkehr auf den Boden der ausüblichen Zwangsmaßnahmen. Aber auch seine Weisheit ist noch ganz auf den Ton der Pariser Sanktionen eingestellt. Man rednet aneinander in London mit der Verensidische, die bisher leider die deutsche Regierung nicht gezeigt hat. Man will nicht verstehen, daß es damit auch immer ein Ende haben kann, wenn der Wille des deutschen Volkes fest bleibt. Man stellt sich in England und Frankreich maßlos erkant und enttäuscht über die Haltung der deutschen Regierung, die das Pariser Diktat nicht ohne weiteres unterschreibt. Man will darin Rücksichtlosigkeit erkennen. Und in Wirklichkeit hat die deutsche Regierung, die Außenminister Simons nicht einmal das getan, was das deutsche Volk in erdrückender Mehrheit von ihm erwartete. Das, was Dr. Simons den Feinden vorgebracht hat, sind ja gar keine tatsächlichen Gegenstände, es ist eine Anrede der Pariser Forderungen nur unter anderer Benennung der Zahlungsfrist. Man, enttäuscht zu sein, hätte man sich nur das deutsche Volk. Und die Entente müßte erkennen, daß die deutsche Regierung ihr wiederum auf das Beste entgegenkommt. Die Bekämpfer nollends Lloyd Georges, Deutschland verleihe den Verfall der Vertrag durch Nichterfüllung der Bedingungen, ist eine böswillige Verleumdung der Tatsachen. Selbst wenn wir mit diesem oder jenem im Stillstand wären, so erkennt Artikel 232 des Vertrages ausdrücklich an, daß Deutschland in Anbetracht seiner Schwächung nicht imstande ist, für alle Kriegsschäden aufzukommen. Sagen wir es eine große Frage, ob nicht viele der Forderungen, die die Feinde inzwischen erhoben, und die Maßnahmen, die sie getroffen haben, schwere Verletzungen der uns in dem Vertrage doch auch noch belassenden Rechte darstellten. Ebenso ist es eine große Frage, ob die deutsche Vertretung in London nicht im Recht ist, wenn sie dagegen protestiert, daß vor dem 1. Mai Strafmaßnahmen in Anwendung gebracht, ja auch nur angedroht werden. Eine dieser Entente nicht genau gerührt ist, wäre jede Zwangsmaßnahme ein Willkürakt, der beweist, daß von Recht sprechen uns und der Entente überhaupt nicht mehr die Rede ist. Und wenn sich das ergibt, so hat es für Deutschland nicht den mindesten Zweck mehr, noch etwas zu unterschreiben. Jedes Nachgeben gegenüber dem Ultimatum ist sozusagen nur ein neues Freiwerden des Rechtsbogens, die Sanduhr zu neuen entworfen Erpressungen. Darum heißt es jetzt, die Herzen nicht verlieren, sondern festbleiben!

Ein Provisorium?

Die Bemühungen der deutschen Delegation gipeln nunmehr auf ein Provisorium als Grundlage für die offiziellen Verhandlungen ab. Ein Simons-Interdikt der „Sunday Times“, das im übrigen manches enthielt, befristet diese Ansicht. Wenn aber nicht vor der Vollendung mit den Alliierten in privater Unterredung mit diesen eine Einigung über das Grundprinzip erzielt wird, so dürfte Dr. Simons laun das Risiko übernehmen, offiziell entsprechende Vorschläge zu machen, wenn eine abermalige scharfe Zurückweisung wäre für die deutschen Vertreter unerträglich. Eine Neuentwurf betont aber, daß bei einer wesentlichen Veränderung der Form auch nur teilweise brauchbare Vorschläge gemacht werden, um eine Prüfung durch die Sonderkommission zu bewerkstelligen, was vielleicht die Möglichkeit einer Verzögerung der für heute erwarteten Entscheidung abwehrt.

Die aus London vorliegenden Meldungen wurden gestern in zweiter Kabinetsitzung unter Vorsitz des Reichspräsidenten beraten. Zweifeln beiden Sitzungen fand eine Besprechung mit den erreichbaren gewesenen Sachverständigen statt. Auf Grund der Beratungen sind an die Delegation neue Instruktionen für die heute in London stattfindenden Verhandlungen der Konferenz ergangen.

Die „Havas“ aus London meldet, wird die Konferenz heute zwei Sitzungen abhalten; die erste, um 11 Uhr stattfinden, wird hauptsächlich dem Zweck dienen, den wichtigsten und wichtigsten Abschnitten der Antwort der Alliierten betreffend der praktischen Anwendung des Entwurfs von Entwurf zu bringen. In der Sachmittagsitzung werden die deutschen Vertreter ihre Antwort auf das Ultimatum der Alliierten geben. Wenn diese Antwort rechtzeitig bereit wird, kann würde die Vermittlung der Verhandlung der deutschen Verhandlung hat der Entscheidung der Dreierfrage gewandt werden. Falls Dr. Simons, was nicht unwahrscheinlich ist, wie der „Havas“-Bericht meint, nur seine Angebote macht, die von Pariser Vorkommen abweichen, würden die Verhandlungen sofort abgebrochen werden. Briand würde anderen Tags nach Paris zurückkehren.

Genau verbreitet eine Unterredung des „Oberster“ mit Loucheur, in der dieser erklärte, daß eine neue Verabstaltung der Befehle der französischen Forderungen nicht ausgehen werden könne. Wir sind jedoch bereit, fuhr Loucheur fort, jede Möglichkeit zu prüfen, die Deutschland in die Lage versetzen würde, sich in weniger als 42 Jahren seiner Zahlungen zu entledigen. Ebenso sind wir nicht unbedingt an der Erhebung von 12 Prozent Abgabe auf die deutsche Industrie gebunden, falls man eine andere Möglichkeit anzugeben würde, die Entlohnung des Industriebetriebes Deutschlands abzusichern. Es ist zu hoffen, daß die deutschen Vorschläge, als Möglichkeit nur die deutsche Kohlenverwertung zu nehmen. Eine Sache muß indes klar sein, nämlich, daß jede Veränderung dieses Pariser Vorkommens einen Gegenwert bebingt und nicht auf eine Herabsetzung der festgesetzten Zahl hingelenkt dar, die sie noch so geringfügig. Das ist ein Grundgesetz, von dem wir unmöglich abgehen können.

Die Vorbereitungen mit den Alliierten

Neben der Verhandlungen, die gestern zwischen den verbündeten Vertretern und der deutschen Verhandlung ist tief in die Nacht hinein stattfanden, berichten die Sonderberichterstatter der Pariser Vorkommnisse.

Um 2 Uhr früh meldete Sauerwein dem „Matin“, alle Vorbereitungen, die im Laufe des gestrigen Sonntags mit den Deutschen geführt wurden, hätten dem Zweck gedient, ein Abkommen für das Pariser Vorkommen zu finden. Die Deutschen hätten zuerst fünf Jahreszahlungen vorgeschlagen mit dem Zugeständnis, daß später die weiteren Jahreszahlungen festgesetzt würden. Dies Angebot ist abgelehnt worden. Die Deutschen hätten darauf Vorschläge für eine 30 Jahre Anzahl von Jahren gemacht, die Verbindlichkeiten aber hätten darauf bestanden, daß der Verkauf sich auf 30 Jahre erstrecken müßte. Schließlich hätten die Verbündeten eingewilligt, die feststehenden Jahreszahlungen herabzusetzen unter der Bedingung, daß im Verhältnis die beweglichen Jahreszahlungen erhöht würden, vielleicht auf 20 bis 30 anstatt 12 Prozent. Diese feststehenden Jahreszahlungen sollen nicht von Deutschland, sondern von dem Band erhoben werden, das die deutschen Waren bezieht. Dies Kompromiß soll nach dem „Echo de Paris“ von Lloyd George geistlich worden sein, der es um 10 1/2 Uhr abends den Verbündeten vorlegte. Nach langen Beratungen soll Briand die Vorschläge für ein Äquivalent für das Pariser Vorkommen angenommen haben. Das Kompromiß sei dann den Deutschen vorgelegt worden und um 2 Uhr morgens habe der Sonderberichterstatter des „Matin“ den Eindruck gewonnen, daß es annehmbar, aber unter der Bedingung, daß die Oberbefehlshaber durch Selbstbestimmung bei Deutschland bleibe.

Nach Meldung des „Echo de Paris“ soll dem Wiederherstellungsausschuß nach Artikel 234 des Friedensvertrages das Recht gegeben werden, von Zeit zu Zeit einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem Ergebnis der verschiedenen Jahreszahlungen, also der Abgabe vom Verkauf der deutschen Waren, und den feststehenden Jahreszahlungen.

Heraus aus dem Sumpfe der Revolution!

Was hat die Revolution dem deutschen Volke gebracht? Graf Goensbroeck beantwortet diese der Sozialdemokratie so unheimliche Frage in den trefflich redigierten „Monatsheften für Politik und Wehrmacht“ des Generals Keim mit den Worten: „Sind nicht die Zustände seit dem November 1918 immer elender geworden? Im Inneren werden im Keuzern. Alle Schandthaten, die man nur ausdenken kann, stehen auf der Tagesordnung: Betrügereien kleinen, großen und größten Stils; Mord, Raub, Blindebung. Der „republikanische Staat“ ist zur großen Futterkrippe geworden für die Macht- und Geldgierigen. Oberbürgermeister, Landräte, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten erlangen nicht aus Sachlichkeit, sondern aus „Gefühls“-Küchlingen und Parteigängern. — Früher gab es auf 100 Einwohner 7 Beamte, heute 18. Und sie wollen alle Geld, Geld, immer mehr Geld, Steuer-gelder! Riesensteuern, „Sumpfstreit“, das die Wirtschaftselende zugrunde richten, sind an der Tagesordnung. Der Verkehr wird unterbunden durch fändige Erhöhung der Gebühren für die Verkehrsmittel: Post, Telegraph, Telefon, Eisenbahn. Steuern und immer wieder Steuern, so daß jeder Wohlstand, jede Kaufkraft, jeder Erwerbserfolg erdrückt werden muß. Hinzu kommt ein in die Zukunft weisender Abwehrplan. Und in der äußeren Politik? Wäre bei den Waffenstillstandsbedingungen auch nur ein Mann gewesen, der ein unermittliches Feind gebrochen hätte: nie wäre es zu dem Schmachtabkommen, nie zu dem Schmachtabkommen von Spa, nie zu den unzahlbaren, ebenso wilden wie schändlichen Papiernoten der Wilhelmstraße, nie zu dem allgemeinen Elend gekommen, in dem wir leben. Aber die schlotternde Anght eines Erzbergers und seiner Nachfolger vor dem „Eintrieden“ der Feinde senkte das einst so stolze Deutsche Reich immer tiefer in den Vorkriegswirtschaftlichen Elends und nationaler Entwürdigung.“

Wenn diesem hartem Urteil des Grafen Goensbroeck über die deutsche Revolution und ihre Führer wird sich nicht viel objektiv lassen. Auch die ehrlichen und anständigen Elemente in der Sozialdemokratie werden nicht umhin können, die Mäßigkeit derselben abgeben zu müssen. Was früher bei unseren östlichen Nachbarn spöttisch und verächtlich als eine „polnische Wirtschaft“ bezeichnet, das hat auch bei uns seit dem November 1918 seinen Eingang gehalten. Auch Deutschland erweist sich heute einer „polnischen Wirtschaft“. Die Staatsgewalt ist ohne Macht, ohne Ansehen, ohne Autorität, aber auch ohne wirkliche politische Befähigung und ohne Kraft. Wir haben seit dem November 1918 eine Staatsgewalt, die es dahingebend hat, daß auch für uns die Worte in Schillers Lied von der Glocke gelten: „Nichts Selbiges ist mehr; es lösen sich alle Bande frommer Ehen, der Güte räumt den Platz dem Bösen, und alle Gaster wälzen frei.“

Ein Volk, das solche Zustände bei sich duldet, spricht sich selbst sein Todesurteil vor dem Forum der Weltgeschichte; es schreit sich selbst aus der Reihe der großen Kulturstaaten, es erniedrigt sich zum Ballenland großer Befieger.

Wenn noch ein Funke von nationaler Ehrgefühl im deutschen Volke ist, dann kann es für uns heute nur die eine Lösung noch geben: Heraus aus dem Sumpfe der Revolution, heraus aus den flüchtigen Zuständen politischer Wirbelstöße, heraus aus dieser politischen Wirrwahll! Und dafür zurück zu geordneten Zuständen, in denen es wieder herrscht nach Recht und Gerechtigkeit, wo die Gebote der nationalen Ehre, des Pflichtgefühls und des Rechtsbewußtseins im Staate kein leerer Schall sind. Zurück zu einer Regierung, wo man wieder das Gute belohnt und das Böse bestraft; aber los von einem Regierungssystem, unter dem man ungelöst mit zuffühnen Gelde unsere Zustände unterminieren darf, wo die Furcht vor der Strafe und der roten Fäulnis der Weite die bestimmende Macht für die Männer an der Spitze ist.

Wie aber alle wirkliche Besserung immer nur von innen herauskommen kann, wie der Reform der äußeren Regierung immer vor allem eine Vertiefung im Denken, Wollen und Empfinden des ganzen Volkes und seiner Leiter vorausgehen muß, so verlangen wir heute vor allem eine Regierung, die durchdrungen ist von dem Gefühl für nationale Ehre, eine Regierung, die erfüllt ist von heiserer Liebe zum Vaterlande. **Wiederherstellung der Staatsgewalt, untrübe Träume von**



